

(A) Ich habe einmal angerufen, zum Beispiel beim Berliner Senat: Lasst ihr euch sponsern? Ja sicher, das kommt vor, lautete die Antwort. Da ist doch nichts dabei, wir sind ja nicht nur sexy, sondern vor allem arm, und Sponsoring erspart uns Kosten, ist ja auch immer für einen guten Zweck. – Nun frage ich einmal hier in die Runde, ob jemand weiß, welche andere Partei neben der SPD den Berliner Senat bildet? Die PDS, richtig.

Mit Ihrem Antrag sagen Sie indirekt, das auch der Berliner Senat im Verdacht der Käuflichkeit steht. Dass Sie mit Ihrer rechten Hand die Bundesregierung abwaschen wollen, kann ich ja noch verstehen. Aber dass Sie sich mit Ihrer linken Berliner Hand selbst eine runterhauen, finde ich schon amüsant.

Wenn der Antrag im Jahr 2000 gestellt worden wäre, hätte ich ja unter Umständen noch ein wenig Verständnis dafür gehabt. Damals hatte der Bundesrechnungshof festgestellt, dass die notwendige Transparenz beim Sponsoring nicht immer gegeben gewesen sei. Die rot-grüne Bundesregierung hat reagiert, das Innenministerium erließ 2003 eine „Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Förderung von Tätigkeiten des Bundes durch Leistungen Privater“; gemeint sind damit Sponsoring, Spenden und sonstige Schenkungen. Dort sind die Grundsätze klar genannt, denen sich die Verwaltung unterwirft, um dem von Ihnen pauschal geäußerten Vorwurf zu begegnen.

Es heißt dort richtigerweise:

(B) Sponsoring trägt in geeigneten Fällen dazu bei, Verwaltungsziele zu erreichen. Gleichwohl muss die öffentliche Verwaltung schon jeden Anschein fremder Einflussnahme vermeiden, um die Integrität und die Neutralität des Staates zu wahren.

An diese Verwaltungsvorschrift hat sich die öffentliche Verwaltung zu halten; und ich habe überhaupt keinen Zweifel daran, dass sie dies auch sorgfältig und verantwortungsbewusst tut.

In Ihrem Antrag nennen Sie selbst die Summe von 55 Millionen Euro, die im ersten Zweijahresbericht August 2003 bis Dezember 2004 angenommen wurde. Was Sie – selbstverständlich – verschweigen, ist die Tatsache, daß hiervon allein 41 Millionen Euro für eine Gesundheitskampagne zur Aidsaufklärung aufgewendet wurden. Ich bin Berichterstatter für den Haushalt des Bundesgesundheitsministeriums und damit auch für die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zuständig. Wir sind, wie alle in diesem Haus wissen, von einem ausgeglichenen Haushalt noch entfernt, auch wenn die Richtung dank der entschlossenen Politik der Großen Koalition endlich wieder stimmt. Endlich sinkt die Neuverschuldung, das Ziel einer schwarzen Null im Jahr 2011 ist erreichbar. Doch in diesen Zeiten leerer Kassen wäre zum Beispiel ein Großteil der wichtigen Aufklärungsarbeit dieser Bundeszentrale schlicht nicht möglich gewesen. Erst durch Sponsoring wurde die flächendeckende Aidskampagne der Bundesregierung durchführbar.

Wie die Reaktion der PDS darauf lauten würde, kann ich mir lebhaft vorstellen: Der Staat soll das bezahlen.

(C) Unser verehrter Kollege Peter Struck hat ja einmal ausgerechnet, wie viele Milliarden Euro die Ideen und Vorschläge der PDS kosten würden und kam auf die erstaunliche Zahl von knapp 155 Milliarden Euro – jährlich, wohlgemerkt. Wer so jenseits von Gut und Böse argumentiert, kann natürlich auch auf die paar Millionen Euro aus Sponsoring großzügig verzichten.

Wer jedoch, wie der Rest des Hauses, seine Verantwortung gegenüber kommenden Generationen ernst nimmt, die Haushaltslage wirklich nachhaltig verbessern möchte, wird zu dem Ergebnis kommen, dass Einnahmen aus Sponsoring nicht so grundsätzlich zu kritisieren sind, wie die Linke das mit ihrem Antrag tut. Werden die Prinzipien der Verwaltungsvorschrift eingehalten, wird die notwendige Transparenz gewahrt, sieht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Sponsoring keinerlei Probleme.

Nicht nur wir sehen das so, der Bundesrechnungshof übrigens genauso. Als er im Jahr 2006 auf Wunsch des Rechnungsprüfungsausschusses den ersten Sponsoring-Bericht der Bundesregierung überprüfte, kam er zu dem Ergebnis, dass die Verwaltungsvorschrift geeignet ist, die Transparenz über die von Privaten empfangenen Leistungen herzustellen und damit die Integrität und Neutralität des Staates zu wahren. Die Verbesserungsvorschläge des Rechnungshofes wurden und werden selbstverständlich ernst genommen und umgesetzt: Bereits im zweiten Jahresbericht für die Jahre 2005 und 2006 wurden die Namen der Sponsoren für Leistungen über 5 000 Euro offengelegt.

(D) Dieser zweite Bericht weist Leistungen von insgesamt 80,3 Millionen Euro aus. Auch hier bilden die Informationskampagnen zur Aidsprävention und -aufklärung sowie zum Nichtrauchen mit 49,7 Millionen Euro die Schwerpunkte.

Der Haushaltsausschuss hat in seiner Beschlussempfehlung vom 8. Juni 2007 mit den Stimmen der Union, der SPD, der FDP und der Grünen diesen Schaufensterantrag abgelehnt. Ich fordere alle hier im Plenum auf, heute das Gleiche zu tun. Schicken wir den Antrag dahin, wohin er gehört: in den Papierkorb!

Petra Merkel (Berlin) (SPD): Wir haben im Frühjahr bereits über diesen Antrag der Fraktion Die Linke gesprochen – damals wurden unsere Reden zu Protokoll gegeben. Nach Überweisung an die zuständigen Ausschüsse liegen die Voten nun vor, und wir beraten den Antrag erneut im Plenum. In allen Ausschüssen ist dieser Antrag abgelehnt worden.

Zwischenzeitlich – diesen Sommer – wurde der zweite Sponsoring-Bericht vom Bundesministerium des Innern vorgelegt. In diesem wurden unsere Anregungen, die Anregungen des Rechnungsprüfungsausschusses, aufgegriffen und umgesetzt. Ein Punkt, der uns sehr wichtig war, ist, dass die Sponsoren genannt werden – dies tut der Bericht nun auch, und ein hohes Maß an Transparenz ist damit gewährleistet.

Schon im März habe ich auf darauf hingewiesen, dass die entscheidende Frage ist: Wollen wir Sponsoring zu-

(A) lassen und so etwas Zusätzliches ermöglichen, für das uns sonst die Mittel fehlen? Oder wollen wir generell keinerlei Sponsoring zulassen, weil es die Möglichkeit geben könnte – eine Eventualität –, dass jemand den Eindruck gewinnen könnte, hier könnte versucht werden, eine Gegenleistung zu erkaufen. Ich beantworte diese Frage, wie schon vor sieben Monaten – Sponsoring ja, aber transparent und korrekt! So, wie wir es machen! Und selbstverständlich ist auch: Mit Sponsoring werden keine Pflichtaufgaben, keine Kernaufgaben finanziert.

Natürlich ist Sponsoring ein Thema, auf das sich die Presse gerne stürzt, und gerne werden dann Beträge genannt, die den Eindruck erwecken, in unserem Land blühe die Pflanze Korruption. Aber – meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der Linken – Sie sind doch nicht ernsthaft davon überzeugt, dass sich die Bundesregierung kaufen lässt, weil ein Unternehmen ein Fest mit 50 000 Euro oder weniger sponsert! Sie stellen in der Begründung Ihres Antrages ja gerade auf den Bereich des Ministeriums für Verteidigung ab: Ich habe mir im zweiten Sponsoring-Bericht die Firmen und die Sponsoring-Summen des Bundesministeriums für Verteidigung besonders noch einmal angesehen – ich gestehe: Die treiben mir nicht die Tränen in die Augen –, aber ich habe jetzt auch den Namen des Gebers, die Summe und den Verwendungszweck als Grundinformation.

(B) Selbstverständlich müssen wir dieses heikle Thema sehr sensibel und korrekt handhaben. Ich finde, das tun wir! Das tun wir im Parlament mit kritischem Blick und mit aller notwendigen Verantwortung. Wir sind uns eventueller Gefahren bewusst und nutzen auch unsere Möglichkeiten zur parlamentarischen Kontrolle. Wir haben uns im Rechnungsprüfungsausschuss – dessen Mitglied ich bin und in dem ich für den Bereich des Bundesinnenministeriums zuständig bin – viele Jahre mit dem Thema Sponsoring beschäftigt – und wir werden das Thema auch weiter verfolgen. Wir haben die Entstehung des Sponsoring-Berichts unterstützt, der erscheint nun alle zwei Jahre, und wir beraten ihn intensiv. Wir haben dafür Sorge getragen, dass Sponsoring in geregelten Bahnen verläuft. Wir haben ebenfalls dafür gesorgt, dass Sponsoring transparent und nachvollziehbar ist, sodass nicht der Eindruck entstehen könnte, irgendwer wäre irgendwie käuflich oder jemand würde wegen Sponsoring begünstigt.

Im zweiten Sponsoring-Bericht, der seit Juli vorliegt, finden sich Beträge, die in unterschiedlicher Höhe einiges ermöglichen. Was können wir dem zweiten Sponsoring-Bericht denn jetzt entnehmen? Auch aus diesem Bericht wird erneut ersichtlich, dass mit dem Sponsoring Projekte verwirklicht werden konnten, die ohne dieses Sponsoring nicht oder nur in geringerem Umfang möglich gewesen wären. Im Vergleich zum Gesamthaushalt haben diese Leistungen nur ein sehr geringes Volumen.

Die Gesamtsumme für alle Ressorts betrug laut zweitem Sponsoring-Bericht (für die Jahre 2005 und 2006) rund 80 Millionen Euro – davon entfielen rund 75,8 Millionen Euro auf 716 Leistungen, deren Wert über 5 000 Euro lag. Schwerpunkt waren erneut – wie schon im ersten Bericht – die Sachleistungen.

(C) Und wenn jetzt für alle ersichtlich ist, dass das THW Schenkungen, Spenden und Sponsoring für viele Ortsverbände erhält – da können wir uns doch nur bei den Sponsoren bedanken! Von der Teilfinanzierung einer Kfz-Halle bis zur Verpflegung für Jugendarbeit, von der Sachleistung einer Anhänger-Wechselbrücke bis zur Schenkung von zwei Pkw und der Übernahme der Kosten für Live-Musik – da ist Sinnvolles für den THW mit privatem finanziellen Engagement unterstützt und ermöglicht worden.

Ich möchte gerne ein weiteres Beispiel geben – das verdeutlicht, dass es wahrlich nicht anrühlich ist, wenn ein Ministerium oder ein Amt Sponsorleistungen annimmt –: Das Bundespräsidialamt hat zum Beispiel insgesamt Leistungen von fast 1 Millionen Euro (935 737 Euro) angenommen – diese dienten ausschließlich zur Unterstützung des Sommerfestes 2006.

Und jetzt frage ich Fraktionsmitglieder der Linken: Gehen Sie jetzt nicht zum Sommerfest des Bundespräsidenten? Verweigern Sie das gesponserte Essen und die Getränke?

Ich möchte gerne von Ihnen wissen, was Sie von dem Sponsoring-Bericht halten. Reichen Ihnen die Informationen nicht? Was finden Sie verwerflich an den dort aufgeführten Leistungen?

(D) Schon im März habe ich auf die Leistungen, die das Bundesministerium für Gesundheit erhielt, hingewiesen. Fast 50 Millionen Euro hat dieses Ministerium an Sponsorleistungen erhalten – und zwar für Maßnahmen zur Gesundheitsprävention – nämlich kostenlose Plakatflächen für Anzeigen zur Aidsprävention. Nochmals an die Fraktion Die Linke – Warum wollen Sie das nicht zulassen?

Ich habe mir noch mal Ihre Rede vom März dieses Jahres durchgelesen – Sie konstruieren zwischen Aufträgen an große Firmen, politischen Entscheidungen, Spenden und Sponsoring eines: Korruption. In dem zweiten Bericht wird unseren Forderungen im Rechnungsprüfungsausschuss nach mehr Transparenz Rechnung getragen. Nun gibt es ein Gegenmittel gegen den Vorwurf von Begünstigung und Korruption – und das heißt Transparenz. Und die haben wir geschaffen: Ab 5 000 Euro werden die Namen der Geber genannt. Für das Mäzenatentum im Kulturbereich gibt es eine besondere Regelung, sie werden nicht genannt. Derzeit arbeitet das Ministerium darüber hinaus an einer Vorgabe, die den Bedürfnissen der Mäzene und der Öffentlichkeit Rechnung tragen soll. Ob sich die Grenze von 5 000 Euro bewährt, werden wir wiederum überprüfen. Ich bin sicher, dass die große Mehrheit im Rechnungsprüfungsausschuss, auch mit den Oppositionsfraktionen – vielleicht nicht mit der Linken –, auch die folgenden Sponsoring-Berichte kritisch bearbeiten wird und mithilfe des Rechnungshofs und der Ministerien die Gratwanderung zwischen Transparenz und Bürokratie wahren wird.

Sie werden sich nach meiner Rede nicht wundern, dass meine Fraktion Ihren Antrag ablehnen wird.